

## TAXIS

### Roter Kern

**Müssen Beschwipste künftig zu Fuß nach Hause wandern, weil sie von Taxis nicht befördert werden dürfen? Abgeänderte Verordnungen für Kraftdroschken und Berichte in der Presse stifteten beim Bundesvolk Verwirrung.**

Seit letzter Woche gibt es in Deutschland ein paar tausend Unterprivilegierte mehr. „Gefährt als Isolierzelle“, beklagte die rechtsgewirkte „Welt am Sonntag“ den Zustand; „fahrbares Trappistenkloster“, bedauerte die liberale „Süddeutsche Zeitung“, und die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost“ registrierte nur mehr „Verbote, Verbotel“ für die Betroffenen. Unisono geißelten Blätter jeglicher Tendenz den „Maulkorb für Taxifahrer“.

Das Ungemach steckt in einer „Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr“, kurz „BOKraft“, die gemeinsam von Bund und Ländern erarbeitet wurde, am 1. September in Kraft trat und die das Fahren auch in Taxis regelt.

„Untersagt“ ist nach diesem Recht Taxifahrern, im Dienst oder vor Dienstantritt Alkohol zu trinken, während der Beförderung von Kunden zu rauchen, im Beisein der Fahrgäste Radio, Fernsehen oder Tonbandgeräte spielen zu lassen und sich „beim Lenken des Fahrzeugs zu unterhalten“. Auch Mitfahrer dürfen unterwegs kein Schwätzchen mit dem Fahrer anstimmen, weil es den Lenker ablenken könnte, und in ausgeschilderten „Nicht-raucher“-Taxis müssen die Passagiere ebenfalls schmachten.

Bedeutet Fahrgäste überdies eine „Gefahr für die Sicherheit und Ordnung“ des Fahrbetriebs, müssen sie gleich draußen bleiben. Und das gilt laut Verordnung insbesondere für Betrunkene, Personen mit ansteckenden Krankheiten sowie Waffenträger ohne Waffenschein. Verstöße gegen die BOKraft können als Ordnungswidrigkeiten abgestraft werden.

Zeitungsschreiber und Taxichauffeure taten so, als wäre das alles neu, und die Journale kritisierten generell die „Demonstration des Behördenfimmels“ („Welt am Sonntag“) im sozialliberal regierten Bonn. Besonders der „Bayernkurier“ sah hindurch bis auf den roten Kern der Sache: „Nur ganz Dumme“, so Autor Hans Georg von Studnitz im CSU-Organ, „werden sich damit beruhigen, daß eben der Amtsschimmel wieder einmal verrückt gespielt hat.“ In Wahrheit gehe es gegen „Ein Handwerk, das den Gesetzgebern in einem dem Sozialismus zutreibenden Land seit jeher ein Dorn im Auge ist“. Denn wie kaum wer sonst ließen die Kraftkutscher ihren Unmut über gewisse Mißstände, etwa „über Studentende-

# „Ein deutscher Hund hat keine Rechte“

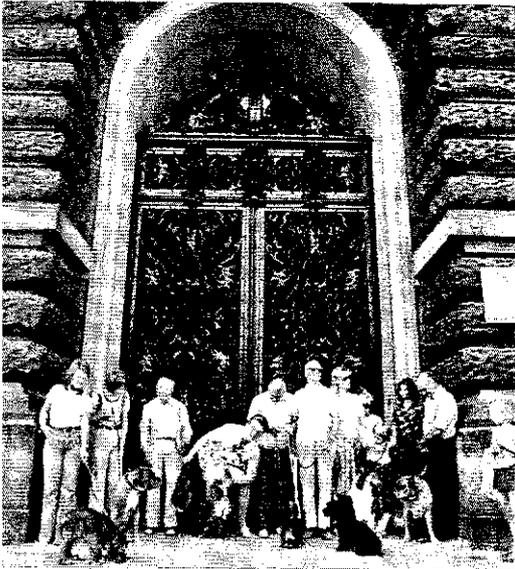
**Hundehalter in Hamburg reagierten bissig. Sie bedrohten Stadtväter am Telefon — „Wir tun Ihnen Scheiße ins Gehirn“ — und schrieben zornige Leserbriefe (siehe Auszüge). Anlaß war das Ende August erlassene Verbot, Hunde in öffentlichen Grünanlagen frei herumlaufen zu lassen.**

Der SPD/FDP-Senat hat überhaupt kein Interesse an Hundeangelegenheiten. Er ist gegen Hunde. Die CDU aber steht voll hinter uns.

Unsere ganze Familie sind Dauerwähler der SPD. Das wird sich leider ändern, wenn der Senatsbeschluß nicht rückgängig gemacht wird.

So etwas gab es noch nicht mal im 1000jährigen Reich.

Ich war bis 1933 in der SAJ, seit meinem Wahlrecht wählte ich die



**Protestierende Hundehalter\***  
Nie wieder SPD

SPD. Ich erkläre hiermit meinen sofortigen Austritt.

Sollen wir mit solchen Maßnahmen möglicherweise langsam und schleichend an einen diktatorischen Sozialismus gewöhnt werden? Als Hundehalter kann ich diese Regierung begrifflicher Weise nie wieder wählen, das ist sicher.

Hiermit erkläre ich meinen Parteaustritt zum 31. Dezember 1975. Begründung: Nachdem die neuesten Pläne des Hamburger Senats bekanntgeworden sind, ist die SPD in meinen Augen nicht mehr die Partei des kleinen Mannes.

Es wird doch wirklich Zeit, daß diese Regierung abgewählt wird... Man kann nur sagen, „Hamburg wird ein Polizeistaat“ nach kommunistischen Methoden.

\* Vor dem Hamburger Rathaus.

Ich werde Gleichgesinnte und Betroffene auf Ihre irrsinnige und widernatürliche Entscheidung ansprechen und Stimmen gegen Sie sammeln. Ihre Regierung werden wir nicht wieder wählen.

Hauptsache, die Strafgefangenen haben alle Vergünstigungen, und wir ehrlichen Bürger werden in den Arsch getreten.

Möge mal einer der Herren vom Senat frühmorgens durch die Lange Reihe gehen, da kann er was erleben: Gekotztes, Pisse und Scheiße sowie zerschlagene Bier- und Brauseflaschen, alles vom Menschen verursacht. Ein Hund ist viel zu anständig.

In den Grünanlagen sieht es nicht anders aus. Dort findet man Präservative und andere menschliche Ablagerungen, die niemals von den Hunden kommen können.

Daß die Parks zum Ausländer-El Dorado werden, immer mehr und mehr, sei hier nur am Rande vermerkt. Nur ein deutscher Hund hat keine Rechte, nur die Pflicht, Steuern zu zahlen.

Hamburg hat mit Hundekot Jahrhunderte gesund überlebt.

Wenn diese Verordnung in aller Härte durchgeführt wird, droht unseren Hunden ein absolut trostloses Dasein. Ich habe meinem Boxer „Tex“ noch nichts gesagt.

Nicht die Hunde sind die Schweine, sondern die Menschen.

Der Hundehalter darf zwar kläffen, aber der Staat hat die Macht und nutzt sie auch.

Jawohl, Herr Senator Bialas! Die Hunde bedeuten uns mehr als die Kinder. Die Kinder zerstören alles.

Wer sich nun aber ganz und gar nicht von seinem treuen Hausgefahren trennen kann, läßt ihn also wieder seine Geschäftchen auf der Straße verrichten, damit alle Leute etwas davon haben, aber die Kinder auf den Rasenflächen ungestört spielen können.

Den Kindern sollte man etwas mehr Anstand und Höflichkeit der älteren Generation beibringen, bevor man ihnen soviel Rechte einräumt.

Erziehen müßte man die Kinder, daß sie ordentliche Menschen werden, und nicht die Tiere, die gehorchen so und meinen es ehrlich.

monstrationen und Apo-Krawalle“, den „freiesten Lauf“.

Gerade Studnitz aber, einst Pressemann im NS-Außenministerium, hätte es besser wissen müssen. Denn das Unterhaltungs- wie das Rauchverbot für Fahrer im Droschkenverkehr gibt es bereits seit 36 Jahren, beides ist Bestandteil der ersten, schon 1939 erlassenen „BOKraft“. Und aus großdeutscher Zeit stammt auch das Gebot, wonach Bürger, die eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung darstellen, aus dem Taxi zu entfernen oder von vornherein abzuweisen sind.

Neu geordnet wurde der Verordnungs-katalog zudem nicht der Taxis wegen. Den Bürokraten in Bund und Ländern ging es vielmehr darum, die nicht mehr zeitgemäßen Beförderungsbestimmungen für den öffentlichen Linienverkehr aufzumöbeln.

Für den Taxenstand sind denn auch lediglich zwei wesentliche Passagen hinzugekommen: daß in speziell gekennzeichneten Nichtraucher-Wagen dem Tabakkonsum zu entsagen ist und daß im Dienst des Kunden nicht mehr Beat noch Beethoven gehört werden darf — während der Fahrt. Die „Welt“-Nachricht, Taxifahrer dürften „während der ganzen Dienstzeit kein Radio einschalten, also auch nicht während langer nächtlicher Wartestunden“, war nur schön erfunden.

Ministerialdirektor Dr. Horst Heldmann vom Bundesverkehrsministerium versteht denn auch „den ganzen Wirbel nicht“. Die umstrittenen Passagen seien „ja doch fast alle uralt“ und dienten überdies der Sicherheit (siehe Interview Seite 33).

Kein Zweifel freilich, daß die alte wie die neu formulierte Verordnung schon deshalb nur bürokratische Fleißarbeit ist, weil sie praktisch nicht kontrolliert werden kann. Bußandrohungen mithin bedeutungslos sind. Zweifelhafte erscheint überdies, ob Plaudereien zwischen Fahrer und Fahrgast ernstlich Gefahren bereiten — wäre es so, müßte es auf den Straßen weit öfter krachen. Und fragwürdig wird schließlich immer bleiben, ob es dem Urteil von Kraftkutschern überlassen sein soll, wann einer angetrunken, betrunken oder zu voll ist.

Heldmann, dem vor allem die in zahllosen Blättern gedruckten, deftigen Taxilenker-Proteste suspekt sind („Zeigt nur, daß sie bisher ihre Bestimmungen nicht kannten“), sieht da keine Probleme: „Diese Dinge sind bisher vernünftig gehandhabt worden, da hat es nie Anstände gegeben.“

Warum es dann statt der Vernunft wieder mal eine Verordnung besorgen muß, weiß der Ministeriale nicht so recht zu beantworten. Häretisches überkommt nun auch ihn: „Es wird ja jetzt auch weiter auf amtlicher Ebene über diese Dinge diskutiert werden, und ich kann nur sagen — wir lassen gerne noch mal mit uns reden.“ ◆